B e s c h l u ß

der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR
zum "Bekennen in der Friedensfrage"

Im Gehorsam gegen den dreieinigen Gott haben wir unsere Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung ausgesprochen.
Für unser Bekennen, für unsere Orientierung, für unser Handeln heißt dies:

I

Wir bekennen: Gottes Liebe gilt ohne Unterschied allen Menschen. Gott stellt sich insbesondere auf die Seite der Schwachen und Geschlagenen.
Daraus folgt: Kein Mensch und kein Staat darf seine Sicherheit und Freiheit über die anderer stellen und Menschen zu Geiseln machen, die seine Sicherheit und Freiheit garantieren sollen.
Der Geist der Abschreckung aber steht im Widerspruch zum Geist Gottes.

- Er erhebt die eigene Sicherheit zu einem Götzen, für den man bereit ist, Menschen millionenfach zu opfern und das Leben des Planeten aufs Spiel zu setzen.

- Er traut den Menschen tatsächlich die Unmenschlichkeit zu, andere Menschen massenhaft zu vernichten.

- Er zwingt zum Freund-Feind-Denken anstelle von Völkerverständigung und Zusammenarbeit.

- Er setzt auf die Macht des Stärkeren, nicht nur im Ost-West-Konflikt, sondern auch im Konflikt zwischen Nord und Süd.

Weil wir Gott, den Herrn, bekennen, widersprechen wir dem Geist der Abschreckung.

Auch wir sind in diesem Geist gefangen.
Wir bitten, daß Gott uns davon befreit.

Wir bekennen: Gott befreit uns durch Christus aus der Knechtschaft der Angst, die eine Folge der Sünde ist. Er befreit von Abhängigkeit und Unterdrückung.
Daraus folgt: Kein Mensch und kein Staat darf durch Drohung mit Massenvernichtungsmitteln Angst und Abhängigkeitsverhältnisse schaffen, um sich so seinen Frieden zu erkaufen und Macht auszuüben.
Die Logik der Abschreckung aber steht im Widerspruch zum Versöhnungshandeln Christi.

- Sie zwingt trotz aller ethischen Proteste und vernünftigen Einsichten zum Wettrüsten, damit jede Seite sich wenigstens so stark fühlt, daß sie zurückschlagen kann.

- Sie will auch im schlimmsten möglichen Fall sicher sein. Sie verspielt damit die Chancen der Verständigung. Sie vernichtet, was sie zu schützen vorgibt: Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

- Sie sucht die eigene Sicherheit, indem sie Angst verbreitet.

- Sie hält die armen Länder in Abhängigkeit, damit sie die Balance der Reichen nicht stören.

Weil wir Christus nachfolgen, widersprechen wir der Logik der Abschreckung.
Auch wir erliegen dieser Logik.
Wir bitten, daß Christus uns auf seinen Weg führt.

Wir bekennen: Gott schenkt uns in Christus seine Gerechtigkeit. Er will, daß sie das Miteinander der Menschen bestimmt. Er will, daß wir mit anderen teilen, statt sie zu beherrschen.
Daraus folgt: Kein Mensch und kein Staat darf das Zusammenleben der Menschen durch Geist und Logik der Abschreckung vergiften, sie zu Mitteln der Politik machen und damit die Wege zur Gerechtigkeit verbauen.
Die Praxis der Abschreckung aber steht im Widerspruch zur Gerechtigkeit Gottes.

- Sie räumt militärischen Sicherheitsüberlegungen den Vorrang vor der Gestaltung eines gerechten Zusammenlebens der Menschen ein.

- Sie führt zu einer Militarisierung des Lebens und Denkens von Kindergarten und Schule bis hin zur Weltwirtschaft und Wissenschaft.

- Sie vergeudet die materiellen und geistigen Schätze der Menschheit. Sie verschärft die Ausbeutung der armen Länder durch die Industrienationen.

- Sie tötet schon heute durch Hunger und Verelendung auch ohne Krieg.

Weil wir dem Geist Gottes folgen, widersprechen wir der Praxis der Abschreckung.
Auch wir sind in diese Praxis verwickelt.
Wir bitten, daß Gott uns jedenTag soviel Einsicht und Kraft gibt, wie wir brauchen.

II

In einer Welt mit Massenvernichtungsmitteln gibt es keine gerechten Kriege mehr!
Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein. Die Aufgabe des Staates, für Recht und Frieden zu sorgen, kann heute nicht mehr wahrgenommen werden durch ein Sicherheitssystem, das auf Abschreckung beruht, in dem Armeen über Massenvernichtungsmittel verfügen und in der Lage sind, andere anzugreifen.
Diese Aufgabe erfordert vielmehr die Entwicklung eines Systems "Gemeinsamer Sicherheit", das auf Vertrauensbildung beruht. Das System "Gemeinsamer Sicherheit" bahnt politische Wege der Konfliktregelung. Es schließt die Entwicklung struktureller Nichtangriffsfähigkeit durch Abrüstung auf allen Ebenen und Umrüstung auf defensive Waffensysteme ein.

Es zielt auf Gerechtigkeit gegenüber den armgemachten Völkern. Nur im Rahmen eines solchen Konzeptes ist militärische Verteidigungsbereitschaft noch zu rechtfertigen.

In dieser Situation setzt sich die Kirche für gewaltfreie Förderung und Sicherung des Friedens ein. Jeder Christ, der vor die Frage des Wehrdienstes gestellt ist, muß prüfen, ob seine Entscheidung mit dem Evangelium des Friedens zu vereinbaren ist. Wer heute als Christ das Wagnis eingeht, in einer Armee Dienst mit der Waffe zu tun, muß bedenken, ob und wie er damit der Verringerung und Verhinderung der Gewalt und dem Aufbau einer internationalen Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit dient. Die Kirche sieht in der Entscheidung von Christen, den Waffendienst oder den Wehrdienst überhaupt zu verweigern, einen Ausdruck des Glaubensgehorsams, der auf den Weg des Friedens führt.

Weil wir Gott als Herrn bekennen, sind wir alle herausgefordert, durch deutliche Schritte zu zeigen, daß Einsatz, Besitz und Produktion von Massenvernichtungsmitteln unserem Glauben widersprechen.

Unsere praktischen Schritte müssen so vielfältig und konkret sein, wie das Überleben der Menschheit vielfältig und konkret bedroht ist.

III

Wir nennen heute beispielhaft die folgenden Schritte und bitten die Gemeinden, diese Schritte weiter zu konkretisieren und zu ergänzen.

1. Weil der jetzt zu erwartende Abbau von Mittelstreckenraketen ein ermutigender Anfang der Abrüstung ist, setzen wir uns nun umso mehr für den weiteren Abbau der Atomwaffen, die Schaffung atomwaffenfreier Zonen, das Verbot chemischer und biologischer Waffen, das Verbot jeder Weltraumrüstung, die Begrenzung konventioneller Waffen und die Truppenreduzierung ein.

2. Weil die Konfrontation zwischen den Militärblöcken überwunden werden muß, sehen wir unsere besondere Aufgabe als Deutsche, dafür zu wirken, daß von deutschem Boden Frieden ausgeht.

3. Weil die Verteufelung des anderen die Gewaltbereitschaft erhöht, wollen wir uns der feindseligen Rhetorik gegen jedermann enthalten, uns gegenseitig ermahnen und andere dazu auffordern.

4. Weil alle Abgrenzung zwischen Menschen das Entstehen von Feindbildern fördert, wollen wir uns für mehr Begegnungsmöglichkeiten zwischen Menschen einsetzen und dazu beitragen, daß viele Menschen unseres Landes die Bürger anderer Staaten in ihrer Umgebung und mit ihren Problemen kennenlernen und besser verstehen.

5. Weil erst ein Staat, in dem mündige Bürger Mitverantwortung wahrnehmen können, den Friedensprozeß in der Welt wirksam fördern kann, wollen wir uns dafür einsetzen, daß die Mündigkeit der Bürger gestärkt wird durch sachgerechte Information, offene und öffentliche Diskussion und gemeinsame Suche nach Wegen in die Zukunft.

6. Weil wir lernen müssen, unsere Konflikte mit friedlichen Mitteln auszutragen, wollen wir mit der Friedenserziehung zu Hause beginnen und uns für die Friedenserziehung in Kindergarten, Schule und Gesellschaft einsetzen.

7. Weil schwelende Konflikte in einer Gesellschaft den Frieden auch der anderen gefährden, wollen wir die Probleme in unserem Land offen ansprechen, nach ihren Ursachen suchen und zu ihrer Überwindung beitragen.

8. Weil Vertrauen und Freundschaft den Frieden fördern, wollen wir zur Verbesserung unseres Verhältnisses zu den Menschen in Osteuropa, insbesondere zu denen, die bei uns leben und arbeiten, beitragen.

9. Weil unser derzeitiges Verhältnis zu den armen Ländern und die ungerechte Weltwirtschaftsordnung eine ständige Gefahrenquelle und eine Bedrohung des Friedens sind, wollen wir uns für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einsetzen.
Ein kleines Zeichen können wir mit der Verwirklichung des 2%-Appels setzen.

10. Weil unser räuberischer Umgang mit der Natur den Frieden und das Leben unserer Kinder und Enkel bedroht, müssen wir uns einüben in einen Lebensstil, der unserer natürlichen Umwelt gerecht wird und Zukunft hat.

Görlitz, den 22. September 1987

Der Präses
der Synode des Bundes der
Evangelischen Kirchen in der DDR

Dr. Gaebler